



NEWSLETTER 06/2015

FORUM | MIGRATION



© apops – Fotolia.com

„Die Polarisierung ist spürbar“

Forum Migration: Herr Venohr, gewaltsame Übergriffe gegen Migranten nehmen zu. Gibt es Parallelen zur Situation in den neunziger Jahren?

Kai Venohr: Tatsächlich gibt es Ausschreitungen, Fackelmärsche und bereits mehrere Brandanschläge. Das erinnert an die Pogromstimmung nach der Wende. Politisch ist die Situation heute aber eine andere als in den Neunzigern.

Inwiefern?

Damals haben Politik und Medien eine „Das Boot ist voll“-Debatte geführt. „Die Brandstifter sitzen in Bonn“ war damals ein geflügeltes Wort. Da hat es seither ein Umdenken gegeben, auch die Bundesregierung hat sich deutlicher gegen Ausgrenzung positioniert.

Woran liegt das?

Da spielen auch klare wirtschaftliche Interessen eine Rolle. Man sorgt sich stärker darum, wie Deutschland im Ausland dasteht – auch vor dem Hintergrund der Fachkräftedebatte. Allerdings hat bei Pegida auch die Zivilgesellschaft hart dageengehalten, es gibt anders, als in den 1990ern, auch in der Fläche viel Solidarität mit den Flüchtlingen aus der Bevölkerung.

Es gibt in der Migrationsdebatte eine Polarisierung zu den Rändern. Ist das in den Betrieben spürbar?

Ja, etwa wenn uns muslimische Kolleginnen und

Kollegen berichten, dass sie sich für den IS rechtfertigen müssen. In manchen Branchen ist die Lohnkonkurrenz ein großes Problem. Auch wenn es hier keine Krise gibt, ist die Angst davor trotzdem da. Dann wird ein Unterschied aufgemacht zwischen neu zugezogenen und alteingesessenen Migranten: „Der Mehmet ist ja ganz in Ordnung, aber die Rumänen ...“. Dann trifft der Rassismus die Wanderarbeiter mit den wirklich schlechten Verträgen. Vertrauensleute der Gewerkschaften und Betriebsräte müssen dagegehen.

Und was können die tun?

Die Entsendeten gelten oft als Menschen, die bei Sub-Sub-Unternehmern unter Vertrag stehen. Aus dieser Rolle muss man sie holen und klarmachen, dass es sich um ganz normale Kolleginnen und Kollegen handelt, die integriert gehören. Kollegen müssen sich dafür schulen lassen, gegen Rassismus und Rechtsextremismus im Betrieb vorzugehen.

Kai Venohr, Rechtsextremismusexperte beim DGB Bildungswerk, Vorstand des gewerkschaftlichen Vereins „Mach meinen Kumpel nicht an!“



Zum diesem Thema auch:

Seite 3: UN-Antirassismusrat zu Deutschland

Seite 4: Kommentar von Anette Kahane

INHALT 06/2015

„Die Polarisierung ist spürbar“ 1

Forscher: Migrationspolitik besser als ihr Ruf 2

Lehrer sind Eltern nicht interkulturell genug 2

Deutsche wollen Führen statt Frontex 2

Deutschland soll Kampf gegen Rassismus verstärken 3

News + Termine 3

Einer der wichtigsten Konflikte seit der Nachkriegszeit – Kommentar von Anette Kahane, Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung 4



Forscher: Migrationspolitik besser als ihr Ruf

Deutschland ist beim Thema Einwanderung nach Ansicht des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) zum Vorreiter geworden. In ihrem neuen Jahresgutachten bescheinigen die Wissenschaftler der Bundesrepublik in vielen Bereichen des Migrationsmanagements und der Integrationsförderung nicht nur aufgeholt zu haben, sondern sich mittlerweile „in die Riege der fortschrittlichen Einwanderungsländer einzureihen“. Die Linkspartei übte scharfe Kritik an dem Gutachten.

Die Vorsitzende des Gremiums, die Göttinger Juristin Christine Langenfeld, lobte die deutschen Regelungen zur Anwerbung von Akademikern und Fachkräften in Ausbildungsberufen. Nachbesserungsbedarf sieht sie bei der nach wie vor teils stockend verlaufenden Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse. Zudem bemängeln die Expertinnen und Experten, dass die deutschen Zuwanderungsregeln zu wenig bekannt seien. Das Selbstverständnis Deutschlands als Einwanderungsland müsse noch gefestigt werden. Es sei bedauerlich, dass die Blue Card zur Hochqualifiziertenmigration zwar in Deutschland ein Erfolg, in Europa aber „ein Flop“ sei, heißt es in der Studie. Mehr als neun von zehn in Europa vergebene Blue Cards stammen aus Deutschland.

Der Bildungsforscher Wilfried Bos sagte bei der Vorstellung des Gutachtens, angesichts der demografischen Entwicklung sei Zuwanderung notwendig: „Ihre Renten werden von Zuwanderern bezahlt.“

In kaum einem anderen Feld bestünde so offensichtlicher Handlungsbedarf wie beim Asylrecht, schrieb der SVR mit Blick auf die Flüchtlingskatastrophen im Mittelmeer. Er plädierte für den Erhalt des Dublin-Systems, nach dem der Ersteinreisestaat für Asylverfahren, Unterbringung und gegebenenfalls Abschiebung von Flüchtlingen zuständig ist. Die betroffenen EU-Grenzstaaten sollen aber finanzielle und logistische Hilfe dafür erhalten, dass sie einen großen Teil dieser gesamteuropäischen Aufgabe übernehmen, fordert der Rat. Kombiniert werden soll das Dublin-System nach ihrem Vorschlag durch das Prinzip freier Wohnortwahl nach erfolgreichem Abschluss eines Asylverfahrens.

Die SVR-Forscher verlangten dies gerade nicht, die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz (SPD), forderte jedoch nach der Vorstellung des Gutachtens erneut ein Einwanderungsgesetz. „Deutschland ist als Einwanderungsland zwar besser als sein Ruf, aber es fehlt noch immer an einer stimmigen Einwanderungspolitik aus einem Guss, die von unserer Bevölkerung nachvollzogen werden kann“, sagte sie.

Der SVR habe nach dem Abgang von Klaus Bade als Vorsitzenden „den kritischen Sachverstand weitgehend eingebüßt“, hieß es bei der Linken-Bundestagsfraktion. Schon zuvor habe sich die neue Vorsitzende Christine Langenfeld als „Befürworterin der menschenrechtswidrigen Sprachtests beim Ehegattennachzug hervorgetan“. Es sei unverständlich, dass der SVR fordere, dass die in der Praxis ohne-

hin nahezu unwirksame neue Härtefallregelung „auf echte Härtefälle beschränkt bleiben“ solle. „Es schlägt einem die Sprache, wenn unabhängige WissenschaftlerInnen einer ohnehin restriktiven Bürokratie die strenge Handhabung einer menschenrechts- und EU-rechtswidrigen Regelung, die tausende Ehegatten nach sozial selektiven Kriterien brutal voneinander trennt – anempfehlen“, kommentierte die Fraktion.

Nicht viel besser kam der Alternativ-Vorschlag des SVR zum Dublin-System an: „Allenfalls ‚sach-‘, aber nicht menschenverständig“, so die Linke. Die Abgeordnete Ulla Jelpke sagte, der SVR-Vorschlag, eine Freizügigkeitsregelung erst nach der Asyl-Anerkennung vorzusehen, habe „erhebliche Nachteile und leidet an Realitätsferne“. An den akuten Problemen des jetzigen Systems werde sich dadurch nichts ändern, Flüchtlinge würden weiterhin in dem EU-Land um Zuflucht nachsuchen, in dem Verwandte von ihnen leben, die sie unterstützen können oder dessen Sprache sie sprechen. „Sie werden weiterhin versuchen, aus überforderten Erstaufnahmeländern, wie Griechenland oder Italien, und den häufig menschenrechtswidrigen Aufnahmebedingungen dort zu entkommen“, so Jelpke. Die Annahme gleicher und fairer Asyl-Mindeststandards in allen Ländern der EU war und ist „leider eine Illusion“.

 Jahresgutachten 2015 SVR Migration:

<http://bit.ly/1DT23q8>

 Offener Brief der MdB Sevin Dagdelen an Christine Langenfeld:

<http://bit.ly/1PK0qS8>

Lehrer sind Eltern nicht interkulturell genug

Eltern mit Migrationshintergrund haben hohe Bildungsziele für ihre Kinder, sie vermissen aber Unterstützung und die interkulturelle Öffnung von Schulen in Deutschland. Die überwiegende Mehrheit (88 %) der befragten Eltern wünscht sich die Wertschätzung kultureller Vielfalt an Schulen, jedoch nur zwei Drittel (66 %) beobachten dies auch im Schulalltag ihres Kindes. Das ist das Ergebnis einer Studie der Universität Düsseldorf.

Über alle Milieus hinweg äußerten die Eltern den Wunsch, dass ihre Kinder „es einmal besser haben sollen“. Damit sei in der Regel das Streben nach einer erfolgreichen Bildung verbunden. Demnach investieren die Eltern viel Zeit und Ressourcen, um die Schullaufbahn ihres Nachwuchses zu unterstützen. Einen hohen Stellenwert hat für die Eltern die interkulturelle Kompetenz der Lehrkräfte. Für 92 Prozent ist die wichtig, nur 60 Prozent erleben entsprechend aufgeschlossene Lehrer ihrer Kinder.

Die Bildungsmotive von Migranten reichen demnach vom Wunsch nach Zugehörigkeit zur Mitte Deutschlands im bürgerlichen Milieu über die Wahrung traditioneller Werte im religiös verwurzelten Milieu bis hin zum Streben nach Selbstverwirklichung im Sinne eines humanistischen Bildungsideals, sagte der Leiter der Studie, Heiner Barz.

 Projektbericht zur Studie „Bildung, Milieu & Migration“:

<http://bit.ly/1ProU5r>

Deutsche wollen Fähren statt Frontex

„Es sollten regelmäßige Fährverbindungen nach Europa geschaffen werden, um eine legale Einwanderung zu ermöglichen“

Ja: 71 %

„Europa sollte wie Australien eine totale Seeblockade gegen Flüchtlinge einrichten“

Ja: 12 %

„Deutschland sollte unabhängig davon, wie sich andere EU-Staaten verhalten, mehr Flüchtlinge als bisher aufnehmen“

Ja: 44 %

„Flüchtlingshilfe sollte nicht allein Sache des Staates sein, sondern auch durch private Hilfe, etwa Spenden oder Patenschaften getragen werden“

Ja: 55 %

 Quelle: Forsa-Umfrage im Auftrag des Stern, 29. April 2015, <http://bit.ly/1cCOHii>



Deutschland soll Kampf gegen Rassismus verstärken

Ein Expertengremium der Vereinten Nationen hat Rassismus in Deutschland angeprangert. In einem Mitte Mai veröffentlichten Bericht kritisiert der Antirassismus-Ausschuss der UN unter anderem die Diskriminierung von Minderheiten auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, anti-muslimische Ausfälle und Gewalt gegen Asylbewerber.

Das Gremium unter Vorsitz des Menschenrechtlers José Francisco Cali Tzay aus Guatemala hatte geprüft, ob und wie Deutschland die Antirassismus-Konvention der UN umsetzt. Deutschland muss sich wie alle anderen Vertragsstaaten einer regelmäßigen Kontrolle unterziehen. Offenbar mit Blick auf die antimuslimischen „Pegida“-Demonstrationen zeigten sich die Fachleute besorgt über die Verbreitung „rassistischer Ideen durch bestimmte politische Parteien und Bewegungen“. Die

UN kritisiert Deutschland sehr hart wegen der NSU-Aufarbeitung, fordert unter anderem verpflichtende Trainings für Polizisten und Richter, damit sie „rassistische Vorstellungen erkennen“, die Abschaffung von Racial Profiling und die Einführung eines Gedenktages für die vom NS ermordeten Sinti und Roma.

„Concluding Remarks“ des UN-Antirassismus-Ausschuss:
<http://bit.ly/1Fjj3Y>

News + Termine

Verein will Deutsches Migrationsmuseum aufbauen

In Deutschland soll es in Zukunft ein zentrales Migrationsmuseum geben. Der von Migranten gegründete Verein Domid in Köln hat dazu jetzt eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben. Die Schirmherrin des Vorhabens, Ex-Bundestagspräsidentin Rita Süsmuth (CDU), sagte, in der Bevölkerung müsse „die Erkenntnis verankert werden, dass wirtschaftliche, soziokulturelle sowie politische Dimensionen der Migration unseren Alltag prägen.“

<http://bit.ly/1FNCURJ>

Erwerbsfähige Bevölkerung schrumpft selbst bei 300.000 Zuwanderern pro Jahr

Das Statistische Bundesamt hat vor einem starken Rückgang der Bevölkerungszahl in Deutschland gewarnt. Dieser Trend sei in den Jahren 2003 bis 2010 durch ungewöhnlich hohe Zuwanderung verlangsamt worden. Es sei damit zu rechnen, dass die Einwohnerzahl von derzeit etwa 81 Millionen auf höchstens 73,1 Millionen im Jahr 2060 abnehmen werde – und das nur bei „stärkerer Zuwanderung“, so die Behörde. Selbst ein jährlicher Wanderungssaldo von 300.000 Personen könne die Schrumpfung der Bevölkerung im Erwerbsalter nicht aufhalten.

<http://dpaq.de/2aoWt>

IW-Chef Hüther: „Marketing reicht nicht“

Der Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft, Michael Hüther, hat gefordert, dass Asylsuchende die Möglichkeit erhalten, unbürokratisch in den rechtlichen Status eines Arbeitsmigranten zu wechseln. „Die Flüchtlingsmigration könnte ein großes Potenzial für Arbeitsmigration darstellen – aber dafür müssten die Regeln geändert werden“, sagte Hüther. Es sei „nicht ausreichend, wenn Innenminister de Maizière das Zuwanderungsmarketing verbessern will.“ Nötig sei ein „überzeugendes Zuwanderungsrecht“.

<http://bit.ly/1GnMxNL>

10 Jahre Integrationskurse: Bildungsverband fordert Nachbesserungen

Der Bundesverband der Träger beruflicher Bildung hat Reformen der Schulungsangebote angemahnt. „Die Einführung der Kurse war gut, wichtig und wegweisend. Jetzt müssen wir sie aber dringend den geänderten Realitäten anpassen“, sagte der BBB-Vorsitzende Thiemo Fojkar. Aktuell richteten sich die Kurse hauptsächlich an gering qualifizierte Teilnehmer. Gut ausgebildete Flüchtlinge bräuchten aber ein qualifizierteres Kursangebot. Insgesamt haben bislang mehr als eine Million Teilnehmer die Kurse durchlaufen. Das von der Bundesregierung dafür bereitgestellte Geld reiche jedoch nicht mehr aus, klagte der Verbandschef. Zudem werde der Zugang zum Integrationskursystem reglementiert, statt ihn zu vereinfachen. Zehntausende Asylsuchende blieben deshalb außen vor.

<http://bit.ly/1cCUHB2>

Faire Mobilität 1: Neue Materialien

■ All-inclusive-Pflege aus Polen in der Schattenzone – Ergebnisse von Interviews mit polnischen Pflegekräften, die in deutschen Privathaushalten beschäftigt sind (Friedrich Ebert Stiftung – WISO direkt)

Download & Bestellung: <http://bit.ly/1EmlDUn>

■ Eine Reihe neuer Flugblätter informiert kurz und verständlich über Grundfragen und häufige Probleme bei der Beschäftigung europäischer Arbeitnehmer/innen in Deutschland. Sie richten sich direkt an mobile Beschäftigte in oder auf dem Weg nach Deutschland und können in sechs Sprachen heruntergeladen werden: Deutsch, Englisch, Bulgarisch, Rumänisch, Slowenisch und Kroatisch.

■ Gesetzlicher Mindestlohn in Deutschland – Informationen für Beschäftigte aus dem Ausland

■ Entsandt beschäftigt – Sie haben Rechte!

■ Kein Lohn – Werden Sie aktiv!

■ Kein Lohn – Wie klage ich vor Gericht?

■ Kündigung – Reagieren Sie schnell!

■ Leiharbeit – Kennen Sie Ihre Rechte?

■ Selbstständig – Nur zum Schein?

Download & Bestellung: <http://bit.ly/1E8D41J>

Faire Mobilität 2: Podcast online

Der Podcast „Die Bildungsarbeiter“ hat eine Sendung zum Thema Faire Mobilität produziert. Die Bildungsreferenten Sok Yong Lee und Guido Brombach haben mit einer Mitarbeiterin des DGB Bildungswerk darüber gesprochen, warum das Thema für die Gewerkschaften so wichtig ist, wie eingeschüchterte Beschäftigte sich erreichen lassen und wo die Faire Mobilität 2025 stehen könnte.

www.die-bildungsarbeiter.de/?podcast=ba005-faire-mobilitaet

Anerkannt – Newsletter des DGB Bildungswerk – Themen der Mai-Ausgabe u.a.

- Wissen überprüfen, nicht Papiere: Rekrutierung Hochqualifizierter am Beispiel SAP
- Zukunftsorientierung: Anerkennungsgesetz im Berufsbildungsbericht
- Zwischenbilanz: Vor zehn Jahren begann die Arbeit am Europäischen Qualifikationsrahmen

Newsletter „Anerkannt“ zum Download:
www.migration-online.de/anerkannt_mai_2015

„Wir sind weniger wert als Tiere!“ – Sklaverei und Zwangsarbeit im 21. Jahrhundert

21. bis 26. Juni 2015

Veranstaltungsort: DGB Tagungszentrum Hattingen

www.migration-online.de/seminar_zwangsarbeit

Ausbildung zur Betrieblichen Fachkraft Anerkennung

04. bis 09. Oktober 2015

Veranstaltungsort: DGB Tagungszentrum Hattingen

www.migration-online.de/2015_fachkraft_erkennung

Geht die globale Armut auf Reisen? Flucht, Arbeitsmigration und Einwanderungspolitik im 21. Jahrhundert

18. bis 23. Oktober 2015

Veranstaltungsort: DGB Tagungszentrum Hattingen

www.migration-online.de/2015_migrationsseminar



Einer der wichtigsten Konflikte seit der Nachkriegszeit



© Amadeu-Antonio-Stiftung

Kommentar von Anetta Kahane, Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung

Der Verfassungsschutz berichtet stolz, eine Neonazigruppe mit dem Namen „Oldschool Society“ aufgespürt zu haben, die dabei war Terroranschläge vorzubereiten. Die Festgenommenen sollen Sprengstoff in Wohnungen versteckt haben. Und da die Mitglieder der Gruppe „kurz vor dem Durchdrehen“ gewesen seien, hätte die Polizei die Nazis bei Razzien verhaftet. Das ist ganz gewiss ein Erfolg – einer der nach dem Desaster mit dem NSU dringend notwendig war. Der Nationalsozialistische Untergrund konnte mehr als ein Jahrzehnt ungestört morden und da die Opfer Einwanderer waren, versagten die Ermittlungen so katastrophal, dass dies eine Staatskrise auslöste. Nun der Erfolg mit der Oldschool Society. Heißt das, jetzt ist alles wieder im Lot mit der Bekämpfung des Rechtsextremismus?

Wer gegen Nazis ist, so heißt es, sollte ein NPD-Verbot unterstützen. Die gewalttätigen Angriffe von Rechtsextremisten auf Teilnehmer einer Kundgebung von Gewerkschaften und Antifas am 1. Mai mit mehreren Verletzten in Weimar und Saalfeld hat die Debatte erneut angefacht. Nach der Selbstenttarnung des NSU war das zweite Verbotverfahren gegen die

NPD in Angriff genommen worden, gerade so, als wäre es mit einer verbotenen NPD zu den Morden an zehn Menschen nicht gekommen. Und nun überfallen Nazis die Kundgebungen zum 1. Mai und gleich fällt einigen das NPD-Verbot wieder ein. NPD-Verbot, Rechtsterrorismus, Verfassungsschutz – das sind die Punkte, um die sich die Politik immer wieder dreht. Doch reicht das aus?

In den letzten Monaten wurde durch flüchtlingsfeindliche Bewegungen wie Pegida und ihre Anhänger sowie zahlreiche Angriffe auf Flüchtlinge und deren Unterkünfte sichtbar, dass es bei den hasserfüllten Ressentiments nicht um die NPD geht. Es geht nicht einmal um Neonazis. Es sind die ganz normalen Bürger, die sich hier positionieren. Entweder sie schreien Parolen gegen das demokratische System und freuen sich über brennende Flüchtlingsunterkünfte oder sie stehen auf der anderen Seite und sind über solches Handeln zutiefst empört und stellen sich schützend und helfend vor die Flüchtlinge. Die Gesellschaft, die Menschen vor Ort tragen einen der wichtigsten Konflikte seit der Nachkriegszeit aus. Und dieser Konflikt hat mit der Zukunft Deutschlands zu tun. Wie wollen und wie können wir in der globalisierten Welt leben, heißt die Frage. Ist es möglich – oder richtig – sich vom Rest der Welt abzuschotten und nur die Vorteile der Globalisierung zu genießen, deren Nachteile aber auszusperrten? Sind die sozialen Gefälle zwischen dem weißen Europa und dem nicht-weißen Rest der Welt nur durch unüberwindbare Grenzen zu halten?

Die Antwort: ganz sicher nicht. Wir werden mit Flüchtlingen und Einwanderern leben. Und wir wären gut beraten, dieses Zusammenleben zu gestalten. Dass sich in der Gesellschaft dieser Konflikt spiegelt ist gut, denn ohne diesen Konflikt durchzustehen wird es nicht gehen. Doch ebenso wichtig ist es, dass die Politik handelt. Da reicht es nicht, die NPD verbieten zu wollen und nicht auch den Verfassungsschutz zu reformieren, was noch immer nicht ausreichend geschehen ist. Da reicht es ebenso wenig, sich mit dem Fang einer vermeintlichen Terrorgruppe zu brüsten, anstatt systematisch Rassismus in Deutschland zu bekämpfen. Denn den gibt es nicht nur im fernen Amerika, auf das so gern mit dem Finger gezeigt wird. Auch Deutschland hat hier ein riesiges Defizit. Die Vereinten Nationen haben in Genf hierzu einige deutliche Worte gesagt (siehe Seite 3). Deutschland hat die Antirassismus-Konvention zwar unterschrieben, hält sie aber bei Weitem nicht ein. Es ist nach wie vor sehr weit davon entfernt, hier eine gerechte und gleichwertige Behandlung aller seiner Bürger zu gewährleisten.

Was dazu getan werden müsste, ist längst bekannt. Neben einer weiteren Klärung des Staatsbürgerschaftsrechts braucht es vor allem eine strikte Kontrolle aller staatlichen Handlungsfelder von der Polizei bis zur Schule. Wer hier rassistisch handelt, sollte vom demokratischen Rechtsstaat zur Verantwortung gezogen werden. Die strukturellen und finanziellen Voraussetzungen hierfür hat die Politik zur Verfügung zu stellen. Dazu bedarf es eines politischen Willens, eines klaren Blicks auf die Zukunft und auf den Zustand im Lande.

Wir, die zivile Gesellschaft sind an der Stelle der Politik sogar ein Stück voraus, wenn wir es schaffen, uns gegen die hasserfüllten, rückwärtsgewandten und rassistischen Feinde der offenen Gesellschaft durchzusetzen. Wir fordern mehr als nur ein bisschen NPD-Verbot, das nichts bewirkt, aber viel Lärm macht, mehr als nur den Erfolg einer Razzia gegen eine Nazigruppe, mehr als leere Worte über die tollen Veränderungen beim Verfassungsschutz. Damit lassen wir uns nicht abspeisen. Deshalb lautet unser Auftrag an die Politik: Lasst nicht die Flüchtlinge ertrinken, sondern macht Deutschland endlich zu einem Einwanderungsland, das diesen Namen auch verdient!

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Claudia Meyer
Koordination: Michaela Dälken
Redaktion: Christian Jakob, Berlin
Layout/Satz: ideaal, Essen
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk BUND e.V.
Bereich Migration & Gleichberechtigung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 99
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

GEFÖRDERT DURCH

